

Es grenzte schon an eine Sensation, was der russische Bankmanager Andrej Kostin vor einigen Tagen im russischen Fernsehen sagte. Kostin, Chef von VTB, der zweitgrößten staatlichen Bank im Reich Wladimir Putins, wagte es, seinem Präsidenten zu widersprechen. Nüchtern entkräftete er die in den Staatsmedien verbreitete Illusion, westliche Sanktionen könnten Russland nichts anhaben. Im Gegenteil, so der Spitzenbanker, sei Russland dabei, sich „aus dem Prozess der Globalisierung herauszuschließen“.

Hinter den Kulissen ziehen russische Wirtschaftsleute bemerkenswerte Vergleiche. Sie erinnern an die Katastrophe von Lockerbie 1988. Damals hatten libysche Terroristen über Schottland ein amerikanisches Passagierflugzeug in die Luft gesprengt und 270 Menschen getötet. Jahrelange Sanktionen gegen das Regime des libyschen Autokraten Muammar al-Gaddafi waren die Folge. Der Absturz des malaysischen Flugzeugs über der Ukraine, so die Befürchtung der russischen Wirtschaftselite, könne ähnlichen Strafmaßnahmen den Boden bereiten – und Russland in die internationale Isolation sowie in das wirtschaftliche Verderben führen.

Nicht nur in Russland ist seit diesem blutigen Anschlag auf das Leben Unschuldiger nichts mehr, wie es war. Deutschland reibt sich die Augen, und Europa lernt mühsam, dass es sich nicht als friedfertige Handelsmacht in einer multipolaren Welt bequem machen kann. Vielmehr muss es

Verantwortung übernehmen für die Kriege und Krisen, die den alten Kontinent umzingeln. Denn es geht nicht nur um Russland und nicht nur um die Ukraine, die seit Donnerstag vergangener Woche zu allem Überfluss auch noch ohne Regierung dasteht. Das erneute Blutvergießen im Gaza-Streifen und in Israel, die Auflösung der Staaten Syrien und Irak, all das destabilisiert eine Weltregion vor unserer Haustür. Richtung Osten und Süden blickt Europa auf eine Kette von Krisenherden – auf die weder die Bundesregierung noch die Europäische Union auch nur annähernd eine Antwort gefunden haben.



EMBARGO GESTRICHEN

Vergangene Woche konnten sich die EU-Außenminister in Brüssel nur sehr mühsam auf einheitliche Sanktionen gegen Russland durchringen, Frankreich schaffte es im Interesse eines milliardenschweren Rüstungsdeals mit Moskau, sogar ein rückwirkendes Embargo für Waffenlieferungen von der Agenda zu streichen.

Aber auch ohne weitreichende Sanktionen trifft die Instabilität in Osteuropa die deutsche Wirtschaft. „10 bis 15 Prozent Rückgang bei den Exporten nach Russland sind 2014 möglich“, sagt Gerhard Handke, Hauptgeschäftsführer beim Außenhandelsverband BGA. Das mag man noch verschmerzen, denn der Export nach Russland machte 2013 nur gut drei Prozent der deutschen Ausfuhren aus – schon die

Schweiz oder Polen importieren mehr aus der Bundesrepublik. Doch das ist noch nicht alles. In Russland selbst haben 6300 deutsche Unternehmen mehr als 23 Milliarden Euro investiert. Mit einer Viertelmillion Mitarbeitern machen sie dort 80 Milliarden Euro Umsatz. Ein Absturz ihres Engagements in Russland würde bedeutende Konzerne wie Volkswagen und Siemens empfindlich treffen. Adidas etwa machte voriges Jahr rund sieben Prozent seines weltweiten Umsatzes in Russland – bei zweistelligem Wachstum. Die Russlandkrise, schätzt man beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), wird Deutschlands Wirtschaft um Exporteinnahmen in Höhe von vier Milliarden Euro und um ein halbes Prozent Wachstum bringen – und das unter der relativ optimistischen Voraussetzung, dass eine weitere Eskalation mit noch schärferen Wirtschaftssanktionen ausbleiben wird.

Bisher haben die Sanktionen der EU-Kommission deutschen Unternehmen nur wenig Angst eingejagt (siehe Seite 26). Die amerikanische Regierung aber geht wesentlich härter gegen Russland vor – und ist faktisch in der Lage, auch Europa ihr Regime aufzuzwingen: Indem die USA ihr Exportrecht extraterritorial anwenden, können sie deutsche Exporteure bestrafen, die an ein Unternehmen liefern, das unter US-Embargo steht. So etwa den russischen Erdölkonzern Rosneft. Das setzt nur vo-

Europas unheimliche Nachbarn

Krisenländer von Russland bis Nordafrika.

Israel, Gaza

Krieg zu führen ist für alle Beteiligten irrational, aber für einen Frieden ist das gegenseitige Misstrauen viel zu stark

Türkei

Falsche Freunde in der Nachbarschaft werden zur Gefahr

Ukraine

Wirtschaftliche Entwicklung ist dringend nötig – stattdessen lebt das Land im Krieg

Libyen, Ägypten

Libysche Warlords spalten ihr Land, und am Nil bekämpfen sich Armee und islamistische Terroristen

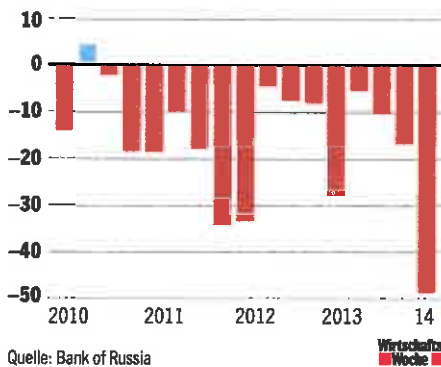
raus, dass ein amerikanischer Staatsbürger im Vorstand sitzt oder die gelieferte Ware Komponenten amerikanischer Hersteller enthält. Der deutsche Rechtsanwalt Dirk Hagemann, Experte für Sanktionsrecht, warnt: „Die USA könnten das Unternehmen listen und so den Zugang zum US-Markt sperren.“ Schon die vage Möglichkeit, ein Geschäftspartner könne auf die Sanktionsliste geraten, zeigt oft Wirkung. Aus Furcht um Verluste im Geschäft mit den USA haben sich deutsche Unternehmen etwa aus dem Iran zurückgezogen. Passiert nun das Gleiche demnächst mit Russland?

„Der Druck auf den Iran ist ungleich höher als auf die Russen“, beruhigt Hagemann. Es sei bislang nicht ersichtlich, dass die USA ihre Sanktionsbestimmungen gegen Russland außerhalb des Heimatmarktes durchzusetzen versuchen. In Fachkreisen kursieren jedoch bereits Berichte über deutsche Top-Manager, die ihr Russlandgeschäft zurückfahren, weil das bisher über eine von den USA sanktionierte Moskauer Bank lief. Man will eben nichts riskieren.

Man muss es aber doch. Denn auf russischer Seite wird schon offen über Vergeltung geredet. „Handelssanktionen gegen russische Unternehmen stehen im Widerspruch zu den Prinzipien der Welthandelsorganisation“, verkündet die russische Manager-Assoziation. Sanktionen würden „im Fall einer weiteren Eskalation unausweichlich zu negativen Rückwirkungen für EU- und US-Unternehmen am russischen Markt führen“. Die Staatsduma hat bereits

Auf der Flucht

Zu- und Abflüsse von Kapital in Russland (in Milliarden Dollar)



ein Gesetz vorbereitet, das die Konfiszierung der Vermögenswerte ausländischer Investoren möglich macht. Dennoch ist bei der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer in Moskau zu hören, dass trotz der Krise neue Investoren aus Deutschland nach Russland gehen – und seitens der russischen Behörden so viel Unterstützung erfahren wie seit Jahren nicht.

SANFTER DRUCK

Auch wegen der engen Verflechtung mit Russland ist Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bemüht, auf Russland eher sachte den Druck zu erhöhen. Das Auswärtige Amt, so hört man, will auch eine Überreaktion der Kapitalmärkte verhindern. Gleichwohl wächst die Einsicht, dass die EU irgendwie Druck ausüben muss auf

Putins Politik, welche die Destabilisierung in der Ostukraine zumindest duldet. Steinmeier selbst ist „überrascht, dass die Sanktionen bereits wirken, bevor sie verhängt wurden“, so der Minister zur WirtschaftsWoche: „Kapital flieht seit Monaten aus Russland, die Konjunktur bekommt eine Delle, russische Unternehmen sind nervös.“ Das treffe die russische Wirtschaft hart, während die Folgen für Deutschland aus Sicht des Ministers „einstweilen begrenzt“ bleiben.

In der Tat sind die Folgen in Russland bereits sichtbar: Die Wirtschaftsleistung des Landes sank im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,5 Prozent – und nach Jahren der Stagnation braut sich für das Land mit 143 Millionen Einwohnern eine handfeste Rezession zusammen. Analysten der Investmentbank Morgan Stanley rechnen im Gesamtjahr mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um bis zu 1,5 Prozent. Und dies, obwohl der Ölpreis stabil oberhalb der 100-Dollar-Marke notiert und die globale Konjunkturlage durchaus hoffen lässt. Einige Sektoren profitieren sogar vom schwachen Rubel, der die Stahlexporte oder auch die Ausfuhr von Metallwaren und Landmaschinen billiger macht. Dagegen steigen am Binnenmarkt die Preise, da Russland viele Konsumgüter teuer aus dem Ausland importieren muss; nicht einmal die lokale Nahrungsmittelindustrie dieses weiten Landes ist in der Lage, den Binnenmarkt aus eigener Kraft zu versorgen. »

ILLUSTRATIONEN: DMITRI BROIDDO

Russland

Deutschlands wichtiger Wirtschaftspartner verliert seine Glaubwürdigkeit

Afghanistan

Die USA ziehen ab, Taliban und al-Qaida bleiben

Syrien, Irak

Zwei Staaten drohen unter dem Ansturm radikaler islamischer Terroristen endgültig zu zerbrechen

Iran

Die Atomverhandlungen stocken, die Außenpolitik bleibt aggressiv wie immer

Katar

Der superreiche Zwergstaat sponsert den Islamismus weltweit

» Aber lassen sich der russische Präsident und seine Umgebung von ökonomischen Zwängen überhaupt beeindrucken? Oft sieht es nicht so aus: Selbst wenn er sich für eine „unabhängige Aufklärung“ der Flugzeugkatastrophe ausspricht, folgt kurz darauf das Säbelrasseln: „Wir müssen adäquat auf Versuche reagieren, Russland zu schwächen“, sagt er vor dem nationalen Sicherheitsrat und verspricht ein Rüstungsprogramm für die Krim. „Von außen“ finanzierte Destabilisierung werde es in Russland nie geben.



So etwas weckt Zweifel, ob Putin und der Westen eine Sprache sprechen. Nicht um das wirtschaftliche Wohlergehen Russlands geht es ihm derzeit in erster Linie. Viel spricht dafür, dass er mit seiner Politik die Sehnsüchte vieler Russen nach der Weltgeltung bedient, die mit dem Kollaps der Sowjetunion verloren ging. So sieht das Fjodor Lukjanow, einer der bekanntesten Moskauer Experten für Außenpolitik. „Putin steckt in der schwersten Phase seiner Laufbahn“, sagt der Politologe. Er bestreitet die Meinung, Putin handele irrational. Die ökonomischen Kosten seiner Politik nehme der Präsident in Kauf, weil er so dem ei-

genen Land das Selbstwertgefühl zurückgeben könne, erklärte Lukjanow kürzlich beim European Council on Foreign Relations (ECFR) in Berlin.

Wenn das so ist, stellt sich die Frage, ob ein Sanktionspaket wirken kann, das als Strafaktion gedacht ist – und Putins Versuche konterkariert, seinen Russen zu neuem Nationalstolz zu verhelfen. Nach Monaten der Manipulation durch die russischen Staatsmedien würden Putins Untertanen ein Einlenken des Kremis als schmachvolle Niederlage betrachten. Folglich sind die Möglichkeiten des Kremlchefs zu Konzessionen extrem begrenzt.

DER ALTE NAHE OSTEN

Vergangene Woche endete die Amtszeit von Israels 90-jährigem Staatspräsidenten Schimon Peres. Der hatte vor langer Zeit ein Szenario für einen „Neuen Nahen Osten“ entwickelt, in dem Völker und Staaten nicht nur friedlich nebeneinander, sondern in enger wirtschaftlicher Kooperation miteinander leben: Israelischer Erfindergeist, levantinische Tüchtigkeit und ägyptische Weisheit verbinden sich mit arabischem Ölreichtum und schaffen eine prosperie-

rende Weltgend. Daraus ist bekanntlich nichts geworden. Viel hat das damit zu tun, dass den meisten Politikern im Nahen Osten alles Mögliche wichtiger ist als das wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Völker.

Dabei gibt es sogar im aktuellen Gaza-Konflikt noch Reste ökonomischer Realität. Als Bedingung für einen Waffenstillstand verlangen die Hamas-Herrscher unter anderem für ihre armselige Fischereiflotte freien Zugang aufs Mittelmeer, offene Handelsgrenzen zum Nachbarn Ägypten und Geld zur Bezahlung ihres aufgeblähten Beamtenapparats. Die Israelis ziehen da nicht mit, solange der ungezielte, aber permanente Beschuss ihres Staatsgebiets mit Raketen weitergeht. Immerhin hat dieser Beschuss erstmals seit Langem nicht nur das Alltagsleben vieler Israelis zum Albtraum gemacht, sondern auch die Wirtschaft des High-Tech-Landes getroffen.

Und das vor allem, weil eine der vielen Hamas-Raketen in knapp zwei Kilometer Entfernung vom Flughafen Tel Aviv eingeschlagen ist. Für die meisten Fluglinien war das Grund genug, den mit Abstand wichtigsten israelischen Zivillughafen eine Weile nicht mehr anzufliegen (siehe Seite 28). Bis auf einen kleinen Touristenflughafen im Badeort Eilat und ein paar abgelegene Grenzübergänge nach Ägypten und »



» Jordanien haben israelische Privatleute keinen anderen Weg ins Ausland als den Tel Aviver Flughafen.

Der Schock der Flughafensperre wird freilich die israelische Friedensbegeisterung kaum fördern: Denn bei jedem denkbaren Friedensabkommen würde das Land die Kontrolle über Gebiete im Westjordanland verlieren, die in Luftlinie viel näher am Flughafengelände liegen als Gaza: nicht 80 Kilometer, sondern 15. Da wäre ein israelischer Rückzug allenfalls denkbar mit sehr verlässlichen Garantien der Staatengemeinschaft. Aber das klingt derzeit wie ein Widerspruch in sich.



TODFEIND DER MUSLIMBRÜDER

Denn der Gaza-Krieg hat ein Schlaglicht auf den katastrophalen Zustand geworfen, in welchem sich die gesamte Region derzeit befindet. Die Hamas-Palästinenser tun sich auch darum so schwer mit einem Waffenstillstand, weil der übliche Vermittler so gut wie ausfällt: Der neue ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi ist ein Todfeind der Muslimbrüder im eigenen Land und damit auch der Hamas-Islamisten. Weil das aber so ist, erhöhen die Bilder vom Blutvergießen in Gaza die Gefahr neuer schwerer Unruhen in Ägypten selbst. Islamisten von Algerien im Westen bis Pakistan im Osten demonstrieren gegen Sisi und geben damit ihren Gesinnungsgenossen in Ägypten Auftrieb. Das größte Land der arabischen Welt kann darum das wirtschaftliche und soziale Chaos aus eigener Kraft nicht mehr über-

winden und ist völlig vom finanziellen Großsponsor Saudi-Arabien abhängig.

Womit die Krise dann doch auf die ökonomische arabische Halbinsel ausstrahlt. Der todkranke saudische König Abdullah hat vergangene Woche persönlich seinen

Herrscherkollegen Tamim aus dem kleinen Emirat Katar ins Gewissen geredet, damit der die Hamas-Palästinenser von einem Waffenstillstand überzeugt. Katar nämlich finanziert den Gaza-Streifen aus islamistischer Solidarität, genau wie die unterdrückten Muslimbrüder in Ägypten. Weshalb Präsident Sisi den katarischen Emir hasst und lieber den Gaza-Streifen verkommen lässt, als unter katarischer Vermittlung seine Grenzen in diese Richtung zu öffnen.

Aus europäischer Sicht mögen diese orientalischen Konflikte unwichtig wirken – sie sind es aber nicht. Der Zusammenbruch aller Kooperation in der arabischen Welt verhindert derzeit einen koordinierten Widerstand gegen das von allen verachtete und gefürchtete sogenannte Kalifat im Osten Syrien und im Nordwesten des

Alle Konflikte in Nahost spielen den Terroristen in die Hände



Iraks: Das sind die radikalsten der radikalen Islamisten, die mit Mord und Unterdrückung ein alle Grenzen überschreitendes Regime errichten wollen. Sogar die versprengten Erben Osama bin Ladens in Afghanistan und Pakistan finden das „Kalifat“ und seinen „Islamischen Staat“ (Isis) zu radikal. Und der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der diese Leute bis vor ein paar Monaten in ihrem Kampf gegen Syriens Diktator Baschar al-Assad unterstützte, muss jetzt fürchten, dass ihre Bewegung sich in sein Land ausweitet: Erdogans relativ zivilisierter Islamismus ist den Radikalen viel zu zahm.

Man kann das aus deutscher Sicht gelassen betrachten. „Allenfalls, wenn Isis den Südirak mit seinen Ölfeldern unter Kontrolle bekäme, würde es schlimm“, sagt Commerzbank-Ökonom Ralph Solveen. Recht hat er, aber die Isis-Terroristen bedrohen nicht nur unsere Ölversorgung, sondern auch unsere alltägliche Sicherheit. Die Nachrichten über Isis-Rekruten aus Westeuropa, die in ihre Heimatländer zurückkehren und übelste Terrorakte planen, nehmen bedrohlich zu. Der Mordanschlag auf Besucher eines kleinen jüdischen Museums in Brüssel vor zwei Monaten war wahrscheinlich nur der Anfang.

Eine neue Terrorwelle wäre für Europas Volkswirtschaften möglicherweise schlimmer als ein steigender Ölpreis. „Wir machen nur gute Geschäfte, wenn China, die USA und auch Europa optimistisch in die Zukunft schauen“, sagt Gerhard Handke vom BGA. Wir reden über mögliche psychologische Folgen der Kriege in unseren Nachbarregionen – der Optimismus könnte aber noch mehr unter einer Welle des Terrors in Europa leiden.

WAS DIE ÖKONOMEN SAGEN

Zur Beruhigung ist also wenig Anlass, selbst wenn man an konjunkturelle Auswirkungen der Kriege an der europäischen Peripherie nicht glauben mag. Immerhin hat der Aufschwung in Deutschland schon ganz ohne Ukraine und Gaza an Schwung verloren. Nachdem die deutsche Wirtschaft in den ersten drei Monaten des Jahres noch um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal zulegen konnte, stagnierte das BIP vermutlich im zweiten Quartal 2014, wie die Deutsche Bundesbank warnt. Ökonomen wie Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, halten gar ein leichtes BIP-Minus für wahrscheinlich.

Aber auch unter diesen Vorzeichen hofft Commerzbank-Volkswirt Ralph Sol-

» veen, viel schlimmer werde es wegen der weltpolitischen Verwerfungen nicht kommen. Der Nahe Osten sei wirtschaftlich sehr weit weg, und bezüglich Russlands spiele „die Vorstellung, was denn wäre, wenn das Gas ausbliebe, keine Rolle“.

Auf politische Schreckensmeldungen könnte am ehesten die Börse reagieren. Dass dadurch aber auch die Konjunktur empfindlich leiden würde, hält Solveen für unwahrscheinlich. Selbst wenn der Dax in der Folge von Kriegen und politischen Katastrophen schwere Verluste erleiden sollte, wäre die realwirtschaftliche Auswirkung in der heutigen Situation sehr gering – „Sand im Getriebe“, um mit Michael Hüther zu sprechen, dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Globale Dynamik

„Seit 2010 ist doch auffällig, dass die globale ökonomische Dynamik eine Dynamik der Industrieländer ist“, sagt Hüther. Allenfalls China spiele da eine Rolle wie Nordamerika und Europa; Länder wie der Iran und Indien, selbst die Türkei, haben an Schwung verloren.

Aber was sind die vielleicht psychologischen Auswirkungen großer politischer Krisen und der damit verbundenen Unsicherheit? Hüther erinnert sich noch lebhaft an die Tage und Wochen nach dem 11. September 2001, dem Schock-Zustand der Menschheit. Aber „ab November 2001 ging es weltweit doch wieder Richtung Stabilisierung – das war ein schrecklicher Schock, aber das hat die Weltwirtschaft, hat Kapital- und Handelsströme nicht verändert“.

Also Entwarnung, nur weil Flugzeugabsturz und das Elend in Gaza unserer Konjunktur nicht schaden? Das wäre ein verführerischer Fehlschluss mit üblen außen- und sicherheitspolitischen Konsequenzen. Im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland sind die Regierungen in Berlin und den westeuropäischen Hauptstädten doppelt gefragt: als Vermittler zwischen Moskau und Kiew, aber auch als natürliche Verbündete der Demokraten in der Ukraine und der pragmatischen Russen, die von Großmachtträumen nichts halten. Und ganz ähnlich, nur noch komplizierter, sieht es im Nahen Osten aus, wo zum Gegensatz der politischen Akteure noch die wachsende Gefahr des Terrorismus kommt. Die Wirtschaft kann da allenfalls unterstützend mitwirken: Wer miteinander handelt, schießt meistens nicht auf den anderen. ■

hansjakob.ginsburg@wiwo.de, florian.willershausen,
max.haerder | Berlin, bert.losse

Die Sorge wächst

SANKTIONEN | In der Ukraine-Krise kam die deutsche Wirtschaft bisher glimpflich davon. Doch vor allem bei Energie- und Logistikunternehmen spitzt sich die Furcht vor Sanktionen zu.



M ein Feld ist die Welt“, das Motto der Großreederei Hapag-Lloyd ist auch Leitspruch des Hamburger Hafens. Das zeigen schon die Straßennamen: Der Kamerunweg liegt neben der India- und Australiastraße, der Chicagokai unweit der Koreastraße. Und an den Elbbrücken wird der Hafenbesucher von einem Übersee-Zentrum begrüßt.

Die Straßennamen sagen nicht alles. So finden sich keine russischen Namen an den Kaianlagen des „Tors zur Welt“. Doch „die russischen Kunden schätzen die Qualitätsstandards in Hamburg“, sagt Natalia Kapkajewa, Repräsentantin des Hafens in St. Petersburg. Nicht nur deshalb ist Russland zweitgrößter Handelspartner des Hamburger Hafens, sorgt für doppelt so viel Fracht wie die USA.

Nur nicht auffallen, lautet deswegen die Devise der deutschen Wirtschaft im drohenden Wirtschaftskrieg zwischen den USA, der EU und Russland. Bisher hatten die von der EU verhängten Sanktionen kaum Auswirkungen auf den Warenverkehr

Russland ist zweitgrößter Kunde
Container im Hamburger Hafen

mit Putins Reich. Doch vor allem die USA drängen auf deutlich schärfere Reaktionen. Werden also die Schrauben jetzt noch einmal angezogen? Die Sorge in den Chefetagen der Unternehmen, die es betreffen könnte, ist groß. „Das Problem liegt nicht mal mehr vor unserer Tür, sondern bereits mitten im Treppenhaus“, sagt der Manager eines Hamburger Öl- und Gashändlers.

Kopf in den Sand

Schon jetzt macht die Krise dem Hamburger Hafenbetrieb HHLA mächtig zu schaffen. Die HHLA hat einen eigenen Terminal im Schwarzmeerhafen Odessa und büßt dort einen Großteil des Geschäfts ein. Wie hoch der Schwund ist, will bei der HHLA keiner sagen, „wir veröffentlichen keine Zahlen pro Terminal“, sagt ein HHLA-Manager. Aber auch wegen der Ukraine-Krise sank der Gewinn des ersten Quartals bereits um knapp 14 Prozent auf gut 19 Mil-